

„Xanten lange gefüttert“

Ein „Haushaltsseminar“ war angekündigt. Am Samstagvormittag versammelten sich rund 20 Interessierte um Kämmerin **Karin Welge**. Sie blieben länger als geplant – ahnend, erst die Spitze des Eisberges gesehen zu haben.

VON RICHARD LUCAS-THOMAS

XANTEN Draußen fieselte feiner niederrheinischer Regen. Da war's scheinbar gemütlicher im Fraktionszimmer der CDU, wo Kämmerin Karin Welge auf ihre Seminaristen wartete.

Im Gegensatz zum Wetter „eine trockene Materie“, wie die Kämmerin gleich zu Beginn warnte. Doch rund 20 Interessierte ließen sich nicht abschrecken – die „üblichen Verdächtigen“ aus den Fraktionen, Mitarbeiter der Verwaltung und einige interessierte Bürger. Doch auch das stark reiterlich anmutende Outfit von Xantens Fachfrau für Finanzen führte in die Irre: Mit Karin Welge gab es in den dann folgenden 220 Minuten keinen Parforceritt durch die kommunalen Finanzen, sondern aufdröselnde Grundlagenarbeit – beginnend mit der im Grundgesetz verankerten Eigenständigkeit der Kommunen (Art. 28 II).

Was unter auch politisch aktiven Seminaristen wie Herbert Dissen (FBI) nicht nur ein Born der Freude war. Denn der suchte immer mal wieder den Touch für die Bestätigung eigener Positionen: Wie ist das mit dem Qualitätsmanagement in der Verwaltung? (Hierzu stellt die FBI aktuell die Personalstelle infrage) Und: Ist die Zweitwohnungssteuer von Vorteil oder von Nachteil für Xanten? Auf die erste Frage ließ sich die Kämmerin nicht ein, auf die zweite antwortete sie lakonisch: „Macht 80000 Euro weniger Einnahme in Haushalt.“ Immerhin erhielt Dissen in einem Punkt Bestätigung – mit anschließender Relativierung: „Ja, der Alleinradweg ist Luxus. Aber dort, wo die Aufträge bereits vergeben sind, müssen wir nicht mehr diskutieren.“

Aufdröselung der Mechanismen

1,6 Millionen Euro weniger hat Xantens Haushälterin in diesem Jahr in der städtischen Kasse. Die Gründe sind bekannt. Das Land reduziert seine Finanzausweisungen an die Stadt und die sogenannte kommunale Familie (Kreis, Umlageverbände) verlangen höhere Beiträge. Doch darum ging es am Samstag nicht. Im Fokus von Karin Welge stand die grundsätzliche Aufdröselung der Mechanismen, mit denen Geld umverteilt wird.

Und bei diesem Punkt kann sich die Kämmerin auch schon mal richtig echauffieren, wenn jemand an der Lauterkeit der Landesregierung kratzt. Bei diesem Thema fühlte sich die Kämmerin offensichtlich heftiger touchiert. Dies bekam auch ein „nur Bürger“ zu spüren, der vermutete, dass die Mittelverschiebung zugunsten großer Städte einen politischen Anstrich hätte. „Erst die Fakten ken-



Schmal oder breit: Korridor für finanzielle Spielräume in einer Kommune. Kämmerin **Karin Welge** veranschaulicht im Haushaltsseminar. RP-FOTO: ARFI

Aus dem Seminar

XANTEN (LT) Stichwörter aus dem Haushaltsseminar mit Kämmerin Karin Welge:

Artikel 28 II des Grundgesetzes garantiert die Eigenständigkeit der Kommunen und deren Recht auf Selbstverwaltung.

Aufgabenkatalog für Kommunen: soziale Sicherung, Bau- und Wohnungswesen, Bau und Unterhaltung von Schulen, eine eigene Verwaltung.

Steuerfindungsrecht: Kommunen dürfen eigene Steuer erheben. Dazu gehören die Gewerbesteuer, die Grundsteuern A und B; sie dürfen auch eigene Steuern „finden“ – Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer, Bettensteuer zum Beispiel. Letztere steht nach ihrer Einführung in Köln noch zur verfassungsrechtlichen Klärung an.

Stellschrauben: Die Höhe ihrer eigenen Steuersätze regelt die Kommune; für die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuern gibt das Land fiktive Hebesätze vor.

Veredelungsgrundsatz: Danach wird für Schlüsselzuweisungen des Landes der Wert städtischer Infrastruktur pro Bürger festgelegt. Zugrunde gelegt werden Infrastruktureinrichtungen, die für das gesamte Umland vorgehalten werden – wie Schauspielhäuser, Universitäten, Schüler in Ganztags- oder Halbtageeinrichtungen, die Anzahl der sozialversicherten Beschäftigten zum Beispiel.

ifo-Gutachten: Das von der Vorgängerin der Landesregierung beauftragte ifo-Institut bemängelt beim kommunalen Finanzausgleich die Berechnung des aktuellen sogenannten Soziallastenindex. Danach sollen Kommunen finanziell besser gestellt werden, die höhere Soziallasten durch zum Beispiel Arbeitslosigkeit zu tragen haben. Weil es in der Summe nicht mehr Geld gibt, werden die Mittel umverteilt. Kleine (Land-)Kommune erhalten deshalb aktuell geringere Zuweisungen.

INFO

Ratssitzung verschoben

Seit dem 23. Dezember 2010 weiß die Stadt, dass Xanten rund 1,4 Millionen Euro weniger Landesmittel erhält. Dazu addieren sich noch höhere Zahlungen an verschiedene Umlageverbände. **Aktuell** will die Stadt eine **Million Euro** im Mitte Dezember von Kämmerin Karin Welge eingebrachten Haushaltsentwurf einsparen. Es bleibt noch ein Defizit in Höhe von 1,6 Mio. Euro, das aus der Rücklage gedeckt werden soll. Über die Art der Einsparungen muss der Rat noch beschließen.

Ratssitzung: Wegen der Entscheidung des Kreistages zur Höhe der Kreisumlage hat die Stadt ihre geplante Ratssitzung vom 1. März auf den 10. März verschoben.

nen, dann diskutieren – und nicht mit vorgefassten Meinungen. Ich will hier aufklären“, bürstete sie den Seminaristen ab. Und Herbert Dissen nickte begeistert bei der Feststellung, dass Xanten „30 Jahre lang von der Mutter gefüttert wurde“. Unverhoffte Unterstützung bekam Karin Welge von ihrem ehemaligen (weil inzwischen pensionierten) Kämmererleiter Jürgen Scherzberg. Der leistet auch in kurzen Seminarpausen Überzeugungsarbeit zur Entlastung des Landes: Xanten werde nicht finanziell bestraft, wenn es mit eigenen Steuerhebesätzen unterhalb der fiktiven Sätze des Landes bliebe. Klar doch: Dabei geht's nicht um eine Lex Xanten, sondern um eine Bemessungssystematik für alle. Die Berechnung der Schlüsselzuweisungen stützt sich auf die vorgegebenen fiktiven Steuerhebesätze; wer darunter bleibt, hat eben weniger Geld in der Kasse.

Grundlagenarbeit

Abgesehen von diesen Scharmützeln wurde solide Grundlagenarbeit zu den Stichworten Gemeindefinanzierungsgesetz, Finanzausgleich, kommunales Steuerfindungsrecht, Einwohnerveredelungsgrundsatz und ifo-Gutachten geleistet. Bei dieser Fülle blieb trotz der langen Zeit die Haushaltsbetrachtung für die Stadt Xanten auf der Strecke. Das „Haushaltsseminar“ könnte – bei konzentrierter Fokussierung auf die städtischen Finanzen – Beginn einer Tradition der Bürgerinformation sein. Die Stadt Duisburg bietet ihren Bürgern von Januar bis Februar in den einzelnen Stadtbezirken „Haushaltstage“ an. Die Zielvorgabe: „größere Nähe und Transparenz zu den Kernfragen des Duisburger Haushalts“.